

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1853

30.1.1853 (No. 26)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 30. Januar.

N. 26.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1853.

Politische Briefe.

VII.

Erwägt man, daß es eine revolutionäre Strömung war, welche in den normalen Gang der politischen Entwicklung gewaltsam eingegriffen hatte, und ihr keine Berechtigung zustand, so konnte es keine Kränkung des Rechts genannt werden, keine maßlose Reaktion, wenn man, nach Befiegung der Revolution, wieder zu der Grundlage zurückkehrte, welche vom König im Patent vom 3. Febr. 1847 gelegt war, und von ihr aus etwa notwendige Verbesserungen des Gegebenen in Angriff genommen hätte. Ueber die Berechtigung zu Wiederherstellung des gewaltsam unterbrochenen geschichtlichen Zusammenhangs waltet für unsere persönliche Ansicht kein Zweifel ob; nur über die Zweckmäßigkeit könnte man streiten. Das rettende Novemberministerium, einen Mann wie den Grafen Brandenburg an der Spitze, ist über den Verdacht erhaben, als habe es ihm an Muth gefehlt, dem „Bruch mit der Revolution“ den prägnantesten Ausdruck durch die Rückkehr zum Patent vom 3. Februar zu geben. Es haben unstreitig andere Erwägungen diese Männer geleitet, als sie mit der Verfassung vom 5. Dezember hervortraten. Der Sturm war verbräut, aber die See ging noch hoch; der Volksgeist war immerhin noch aufgeregter und die in die Zeit geworfenen demokratischen Ideen übten noch einen stillen Einfluß auf die Gemüther aus. Man mochte es für zweckmäßig halten, die Rückkehr zum Maß einer vernünftigen Freiheit durch Anknüpfen an das unmittelbare Bewußtsein der Gegenwart zu vermitteln und dem Volke einen klaren Beweis zu geben, daß man es nicht zu überlebten Zuständen zurückführen wolle. Auch die Verfassung vom 5. Dez. war keine absolute Diktierung; sie sollte nur die Basis sein zur Verständigung und Vereinbarung. Wie bald sich zeigte, war mit dieser Verfassung nicht wohl zu regieren; sie war unendlich demokratischer, als alle süddeutschen Verfassungen, und diese hätten ihr gegenüber unmöglich sich halten können. Man wurde bald zu der Ueberzeugung geführt, daß die Verfassung vom 5. Dez. einer durchgreifenden Verbesserung im konservativen Sinn bedürftig sei. Um zum wahren Fortschritt, zu einem Definitivum zu gelangen, mußte man zurückgehen. Und hier kann man denn fragen, ob es nicht besser und zweckmäßiger gewesen wäre, die frühere Basis des Patents zum Ausgangspunkt zu nehmen, und von ihr aus vorwärts zu gehen. Beide Wege hatten ihre Schwierigkeiten; der eine war leicht im Anfang, schwierig im Verlauf; der andere schwierig im Anfang und leichter im Fortgang; denn es ist natürlich, daß zuerst weniger geben und dann mehr immer günstiger aufgenommen wird, als zuerst viel und dann es zurücknehmen, wie nothwendig es auch sei.

Diese Nothwendigkeit aber war das, daß die Kammer selbst haben es mehr und mehr anerkannt, daß das Königthum nicht nur, sondern auch die Freiheit und die Verfassung mit den demokratischen Grundsätzen der s. g. breitesten Grundlage unvereinbar seien. Man mußte die Grundsätze aufgeben und mit ihnen die daraus stehenden Konsequenzen. Daß Dies nicht mit Einem Ruck geschehen konnte, war natürlich; denn es sollte die Verfassung ja auf dem Wege des Gesetzes, der freien Vereinbarung ihrem Abschluß zugeführt werden; man konnte in Folge dessen nur Schritt vor Schritt vorgehen. Daher ist man auch jetzt noch nicht am Ziele. Daß es dabei an parlamentarischen Kämpfen nicht fehlt, ist nicht minder natürlich; allein auch Dies ist nicht gefährlich, da wenigstens die Partei vom Schauplatz verschwunden ist, welche prinzipiell auf den Sturz des Königthums hinarbeitete.

Ueber das Unwesen des Parteiwesens, seine Zersplitterung in unendliche Fraktionen und Schattirungen, seine Unnatürlichkeit bei unsern Verhältnissen, und seine absolute Unfähigkeit, die Stelle der königlichen Autorität zu ersetzen, und eine s. g. parlamentarische Regierung zu begründen, ist in diesen Blättern zum öftern gesprochen worden. Wir begnügen uns daher, darauf zu verweisen, und hoffen, daß in Erfüllung gehe, was Hr. v. Radowig über das Parteiwesen in seinem neuesten Werke, S. 259 ff. so vortrefflich gesagt hat. Es ist nicht zu läugnen, daß die Partei zersplitterung in Preußen immer noch größer ist, als zu wünschen wäre, und daß der Parteigeist da und dort noch seinen Spuk treibt; allein das Königthum nimmt diesem Spuk gegenüber denn doch eine andere Stellung ein, als früher, und seine Autorität scheint stark genug zu sein, den Spuk der Majoritäten verfliegen zu machen, selbst wenn er in der Ersten Kammer sich zeigt. Wenigstens melden die Zeitungen, daß die königliche Vorlage über die künftige Bildung der Ersten Kammer, die Anfangs sehr ungünstig aufgenommen ward, jetzt die besten Chancen für sich habe, seitdem die Autorität sich entschlossen zeigt, thätkräftig zu handeln.

Und vor dieser Autorität wird höfentlich auch der Spuk jener neuern Partei verfliegen, die in der Zweiten Kammer in Berlin so anspruchsvoll aufgetreten ist, und mehr als irgend eine Verwirrung in die Ordnung, Streit in den Frieden, Spaltung in die Gemüther zu bringen droht. Diese neue Partei, die sich an alle demokratischen Bestimmungen der Verfassung anklammert, gegen jede Revision derselben in konservativem Sinn zu stimmen erklärt hat, sich für allgemeines Stimmrecht und Kopfzahlwahl erklärt, sich, um ihre

Zwecke zu erreichen, mit der Linken verbündet und offen erklärt, daß, wenn nur die spezifische Zwecke der Partei erreicht werden, es auf die politische Richtung wenig ankomme, — diese Partei ist es, welche mehr Gefahr und Würfelspiel in ihrem Schooße trägt, als alle andern. Man nennt sie wohl am besten nach ihrer Kopffzahl die Fünzigpartei. Sie ist es, die vermöge ihrer numerischen Schwäche Nichts ist für sich, sondern nur im Anschluß an andere; das Element, in dem sie schwimmt, die Luft, in der sie athmet, ist so recht eigentlich die Zerissenheit des Parteiwesens, ihr Wahlspruch das divide et impera. So wagte sie, ihre Stellung in der Mitte zweier ziemlich gleich starken Parteien benützend, mit dem Anspruch aufzutreten, der Kammer den Präsidenten zu geben; sie deutete damit an, nach welcher Stellung sie im Lande trachtet. Indessen hat sie ihre Kraft überschätzt, und sie scheint bereits der Auflösung nahe. Unter allen Irrlehren der Zeit ist keine für die Autorität und den Staat gefährlicher, als die, daß man kirchlich konservativ und politisch destruktiv zugleich sein könne. Aus solchem Grundsatze entspringen zunächst unnatürliche Bündnisse gegen den Staat und dann Kämpfe unter den ungleichartigen Verbündeten um die Herrschaft im Staat. Die Autorität handelt nur im Stand der Nothwehr, wenn sie sich und in sich den Staat gegen diesen Spuk verteidigt.

Das Königthum aber ist auch in Preußen wieder stark genug, um allen Schwärmegeistern gegenüber eine freie und unabhängige Stellung einzunehmen. Diese seine Stellung wird eine um so festere werden, wenn es, wie bisher, den Beweis liefert, daß es ihm nicht um Wiederherstellung überlebter Zustände zu thun ist, sondern um die Fortbildung des Neuen aus dem Alten; daß es eben so sehr berechtigten Ansprüchen zu genügen, als unberechtigten zu begegnen weiß. In dieser Beziehung hat dieser nothwendige Verlauf der Entwicklung des preussischen Verfassungslebens für das übrige Deutschland so wenig Beunruhigendes als für Preußen selbst. Es kann im Gegenteil nur wohlthätig und beruhigend wirken, wenn Deutschland sieht, daß alle Thorheit und aller Frevol der Revolution das Königthum nicht verführen konnten, den Kampf gegen sie selbst in das Gebiet der Reform hinüberzuspielen und selbst die berechtigten Forderungen der Gegenwart als verwirrt zu erklären. Keine deutsche Regierung ist bis zur Verneinung des konstitutionellen Lebens selbst fortgegangen, und wenn es in einem neuesten vielbesprochenen Buche eines deutschen Historikers heißt, daß niemals vom Königthum aus ein wahrer Fortschritt zu politischer Freiheit gemacht worden sei, so stehen diesem Ausspruch als schlagende Widerlegung entgegen die deutschen Verfassungen Süd- und Mitteldeutschlands, wie jetzt die Bemühungen des Königs in Preußen, seinem Volke ein genügendes Maß politischer Freiheit zu sichern.

Weit wahrer wäre der Satz gewesen, daß die revolutionären Bewegungen seit 1789 die wahre Freiheit stets mehr gefährdet, als gefördert haben, und daß von der demokratischen Zeitströmung, die in der letzten Zeit verheerend die Dämme durchbrach, eher alles Andere zu erwarten ist, als ein Segen für den „mit monarchischen Ordnungen durchdrungenen Welttheil“; daß im Gegenteil heute noch wahr ist, was Dahlmann am Schluß seiner Geschichte der französischen Revolution sagt, „daß es ein Unsin und ein Frevol ist, diesen Welttheil in Republiken des Alterthums umzuwandeln zu wollen“. Und wir fügen hinzu, daß es eben so unsinnig ist, ihn in republikanische Föderativstaaten nach Art der nordamerikanischen Union umzuwandeln zu wollen; denn wie der Geist jener alten Republiken Nichts gemein hat mit den demokratischen Zersplittern unserer Tage, so ruht auch der Föderativstaat der Union auf Grundlagen materieller und geistiger Art, die uns durchaus fremd sind. Mehr hierüber ein andermal. Für diesmal schließen wir mit der Hoffnung, daß eine besonnene, kalt prüfende Ueberlegung der denkenden Köpfe auch im Volke die Ueberzeugung bei ihnen begründen werde, daß die wahre, vernünftige Freiheit in Deutschland nicht wesentlich gefährdet ist, daß die Rückkehr besserer Zustände und der Fortschritt nach allen Richtungen bedingt ist durch den Verzicht auf revolutionäre Grundsätze, durch das treue Festhalten an der Monarchie und jenes Maßhalten, das, wie für die Autorität, so für die Freiheit die Bedingung jeder segensreichen Wirksamkeit ist.

Deutschland.

† Karlsruhe, 29. Jan. Unter denselben Personen, welche bei dem am 23. d. zu Berlin stattgehabten Krönungs- und Ordensfeste decorirt worden sind, befindet sich auch — wie wir aus dem „Fr. Staats.“ ersehen — einer unserer Landsleute, der Hofkupferstecher Hoffmeister von hier, der Schöpfer des mehrfach besprochenen, das Gesecht bei Kuppenheim darstellenden Aquarellgemäldes. Demselben wurde von Sr. Maj. dem König von Preußen der Rothe-Adler-Orden 4. Kl. verliehen.

† Bruchsal, 29. Jan. Trotz zweimaligem Ausschreiben hat bis jetzt noch die Besetzung der erledigt gewordenen Stelle eines katholischen Hausgeistlichen in dem hiesigen Arbeits- und Weiberruchthaus nicht stattfinden können. Mag hieran die verhältnißmäßig nicht große Anzahl der vorhandenen

Titularen mit Ursache sein, so herrscht doch die große Schwierigkeit der Seelsorge in einer Strafanstalt ohne Zweifel hier vor. Obwohl äußerlich von der Hausordnung und ernst gehandhabter Disziplin unterstügt, hat der Geistliche solcher Anstalten, der seine Aufgabe mit redlichem Eifer verfolgt, hier gerade nicht selten den größten Kampf mit Rohheit, Verwilderung, Verstocktheit und Sittenverdorbenheit; Dies mag denn Manchem diese Stellung als nicht eben einladend erscheinen lassen. Es wird übrigens kaum bemerkt zu werden brauchen, daß der gegenwärtige vorübergehende Mangel eines eigenen Geistlichen weder im Gottesdienste, noch in der Seelsorge in den genannten beiden Anstalten irgend eine Unterbrechung herbeigeführt hat. Vielmehr ist der bei der neuen Männeranstalt seit Jahren wirksame Geistliche in Verbindung mit einem der vier hiesigen Pfarrherren mit der Seelsorge für die genannten Strafanstalten betraut, und somit auch nicht das Mindeste versäumt, was Selenwohl und religiöse Erhebung der Strafgefangenen fördern kann.

† Vom Neckar, 27. Jan. Die mit jedem Jahre in überraschender Weise zunehmende Auswanderung ist schon vielfach auch in öffentlichen Blättern besprochen worden. Die Einen freuen sich, die Andern erschrecken darüber, und die Sache hat allerdings ihre zwei Seiten, die bei einer richtigen Würdigung derselben zu berücksichtigen sind. Bei weitem die meisten Auswanderer gehören bekanntlich der ärmsten Volksklasse an und sind zum Theil so von Mitteln entblößt, daß ihre Auswanderung nur auf Staats- oder Gemeindefosten geschehen kann. Das Darniederliegen vieler Gewerbe, welches nicht bloß ein vorübergehendes ist, da ja schon seit vielen Jahren die Auswanderung immer mehr zunahm und durch die Erfahrung der letzten Zeit nur natürlich noch mehr befördert werden mußte, der Mangel an Verdienst selbst unter der ackerbauenden Klasse, die an manchen Orten sich so fühlbar machende Uebersättigung und Anderes hat nothwendig die früher mehr nur vereinzelt Auswanderungen jetzt fast zu „Völkerwanderungen“ anschwellen lassen. Indessen wenn auch die bei weitem größte Zahl der Auswanderer den ärmeren Klassen angehört, so haben doch in den letzten Jahren auch unter uns viele Vermöglichere ihre Heimath verlassen, um, wie sie hoffen, in der neuen Welt rascher vorwärts zu kommen und ihre Lage zu verbessern. Wenn wir aber bei jenen Ersteren, die in ihrem Vaterlande nicht mehr die nöthigen Mittel zu ihrer Existenz finden und jenseits des Ozeans auf ein besseres Loos Aussicht haben, unter den nun einmal bestehenden Verhältnissen ihre Auswanderung billigen müssen, und ihr alle mögliche Unterstützung wünschen, so müßte es doch gewiß sehr beklagt werden, wenn auch fortwährend die Zahl derjenigen Auswanderer, die der wohlhabenden Klasse oder doch dem Mittelstande angehören, sich vergrößern würde. Die Zusammenstellungen in den amerikanischen Zeitungen, welche offiziellen Berichten entnommen wurden, zeigen uns, welche große Summen bisher schon namentlich nach Nordamerika gekommen sind. Sollte Dies so fortgehen oder gar sich noch steigern, so könnten empfindliche Rückwirkungen vorzugsweise in den kleineren Staaten, denen große Summen entzogen werden, nicht ausbleiben, und es würde eine schwierige Aufgabe sein, in anderer Weise solche Verluste wieder zu ersetzen. Die Bedenken, die sich hieran knüpfen, liegen nahe, und eben so nahe die Wünsche vieler Freunde des Vaterlandes, daß der angegedeutete Uebelstand für die Zukunft möglichst gemildert werden könne und möge.

So viel wir wissen, sind die Auswanderungsgesetze in den verschiedenen europäischen, ja selbst in den deutschen Staaten sehr verschieden. In Baden besteht bekanntlich das Gesetz, daß zwar die Staatsverlaubnis zur Auswanderung erforderlich sei; aber dasselbe erstreckt sich im Grunde nur auf die Forderung, daß die Auswanderer etwaige Ansprüche, die man an sie zu machen hat, vor ihrem Wegzuge zu befriedigen haben. Damit ist aber die Erlaubnis zur Auswanderung eigentlich eben so unbeschränkt, als wir sie z. B. in England finden. Doch was wird man thun können, um den vorhin erwähnten Nachtheilen zu begegnen? Gewiß kann nicht mit Maßregeln geholfen werden, durch welche die persönliche Freiheit gefährdet und zu Zuständen zurückgeführt würde, wie sie in früheren Jahrhunderten bestanden, sondern natürlich nur durch mehr indirekte Mittel, wie sie dem stitlichen Staatszwecke entsprechen. Das Wichtigste ist wohl — wie Dies bisher schon auf dem Wege der Gesetzgebung und durch administrative Maßregeln geschehen —, immer mehr dahin zu wirken, daß der Verkehr, die Gewerbe, die Landwirtschaft sich heben, daß möglichst genügende Garantien für das Vermögen, besonders völlige Sicherheit bei der Anlegung von Kapitalien gegeben werden, und wohl uns, wenn man auf solchem Wege schon erreicht, was man will. Aber so sehr wir Dies wünschen und hoffen, so könnte doch später vielleicht nöthig scheinen, solches Streben in mehr direkter Weise den bemittelten Auswanderern gegenüber zu unterstützen. Wir erlauben es uns übrigens nicht, hier ein bestimmtes Urtheil abzugeben oder gar Vorschläge machen zu wollen, sondern solches Denen überlassend, die mehr dazu berufen sind, bescheiden wir uns, auf die Wichtigkeit der Sache hingewiesen und Dem, was wir schon vielfach äußern hörten, einen Ausdruck gegeben zu haben.

— Aus dem badischen Oberlande, im Januar. Ein Jahr und etwas darüber ist nun umflossen seit Einführung unseres Schwurgerichts; die Eindrücke des Augenblicks sind verwischt; Erfahrungen, so jung sie sind, liegen doch schon vor unseren Augen; um so unbefangener wird daher ein Rückblick auf alle Beziehungen dieses Institutes sein, die wir für die bedeutungsvollsten halten.

Wir rechnen hieher zunächst die große Theilnahme des Volkes an den Verhandlungen und sein Urtheil über dieselben; solches ist ein dem Institut entschieden günstiges. Man sieht, wie vor den Geschwornen der Mensch erscheint, wie er lebt und stirbt, und alle die Kräfte nicht helfen, die nach dem früheren Verfahren den schlaunen Verbrecher nicht selten den Armen der Justiz entzogen; denn das Lügen und Leugnen, früher die Hauptstütze der Verbrecher, ist es, was vor den Geschwornen gerade die Grube zum eigenen Grabe bildet. Auf der andern Seite aber erkennt man in den Geschwornen eine Gewähr mehr gegen bloß formelles Recht, und insofern einen Faktor mehr für die Unschuld. So haben auch die Männer, die zu dem Ehrenamte der Geschwornen berufen waren, ihre Aufgabe aufgefaßt. Von der Heiligkeit ihres Berufes durchdrungen, hatten sie sich vergegenwärtigt, daß, wenn auf der einen Seite die Angeklagten von ihnen erwarten, sie werden die Unschuldigen losprechen, auf der andern Seite die bürgerliche Gesellschaft die heiligsten und theuersten Güter, die Sache der Ordnung und der Gesezesherrschaft, ihrem Gewissen anvertraut. Sie haben — soweit unsere Beobachtung reicht — durch den Ernst und die Gewissenhaftigkeit, womit sie ihre Pflicht erfüllten, die Erwartungen Mancher übertroffen, die nur mit Zweifeln das Institut der Geschwornen ins Leben treten sahen. Während bisher noch kein Unschuldiger verurtheilt wurde, haben dagegen viele Verbrecher, die nach dem alten Verfahren strafflos durchgekommen wären, ihre gerechte und schnelle Strafe gefunden. Mit einem Worte: die bisherige Ausprägung der Geschwornen sind wirkliche Wahrsprüche. Als solche hat sie auch das Volk aufgenommen und haben dieselben zur Befestigung der Ordnung und der Gesezesherrschaft viel beigetragen. Schon jetzt ist eine Verminderung der Verbrechen bemerkbar, und hiedurch allein wird der etwa mehr entstehende Kostenaufwand aufgewogen.

Was die Verhandlungen anbelangt, so werden dieselben von den Gerichtshöfen mit Ernst und Würde, mit Gründlichkeit und Unparteilichkeit gepflogen. Die Staatsanwaltschaft verbindet mit Fleiß und Eifer in Verfolgung der Verbrechen Humanität, und hat schon mehrfach beurkundet, daß es ihr nicht um unbedingte Verurtheilung, sondern einzig und allein um Erforschung der Wahrheit zu thun ist. Auch die Vertheidigung entfernt sich immer mehr von jenem Geiste, der nur zu verneinen weiß; die Vertheidiger begreifen, daß sie eben so, wie der Staatsanwalt und der Schwurgerichts-Präsident, berufen sind, den Geschwornen das Licht vorzutragen, ihnen den Weg zu bahnen zum verborgenen Siege der Wahrheit.

† Aus der Saar, 27. Jan. Nächsten Mittwoch, 2. Febr., wird zu Bahlgingen eine größere Versammlung von Interessenten für die Erbauung einer oberrheinischen Eisenbahn stattfinden. Es handelt sich von der Herstellung einer Bahn, die sich zu Hockingen von der württembergischen Staatsbahn abzweigen, und von da über Nürtingen, Tübingen, Nottensburg, Hechingen, Bahlgingen nach Rottweil ziehen würde. Das Projekt verdient auch im Großherzogthum Baden die vollste Aufmerksamkeit, zumal ein anderes damit in nächster Beziehung steht: das der Erbauung der Schaffhausen-Winterthurer Bahn. Die letztere kann so gut wie gesichert angesehen werden; käme nun auch noch die Bahn durch das obere Neckartal hinzu, so bedürfte es nur noch der Herstellung der Zwischenstrecke auf badischem Gebiet, um eine Verbindung aller Schweizerbahnen mit Stuttgart und vermittelst der Vödingheim-Bruchsaler-Bahn mit dem ganzen deutschen Eisenbahn-Netz zu haben. Schon gibt sich die „N. Zürich. Ztg.“ der Freude über diese großartige Aussicht hin, indem sie zugleich diese Bahn nach Stephenson's Meinung für eine der rentabelsten hält. „Die Hauptbedeutung der Bahn“, sagt das Züricher Blatt, „liegt darin, daß sie die große württembergische Kornkammer mit der Schweiz in unmittelbare Verbindung setzt; dann aber bildet sie nicht minder eine sehr bedeutende Handelsstraße von Zürich und Schaffhausen nach Stuttgart und von da nach dem Niederrhein, und in dieser Beziehung wird sie nicht wenig dazu beitragen, Schaffhausen, welches immer nächst Basel und Nordsach ein Hauptthor für den Verkehr der Schweiz mit Deutschland war, in seiner bisherigen Stellung zu sichern und zu erhalten.“

Es leuchtet auf den ersten Blick ein, daß mit dem Zustandekommen dieser Bahn vielleicht Lokalinteressen, aber unserm Landesinteresse eben nicht gedient wäre. Nicht nur würde unsere Rheintal-Staatsbahn in ihrem Verkehr mit der Schweiz beeinträchtigt, sondern auch der Verkehr des Seckreiswürde dem Ausland zugewendet. Zudem würde unsern eigenen Eisenbahn-Projekten, welche die Verbindung der Staatsbahn mit dem Seckreis betreffen, der Todesstoß versetzt. Wenn wir nun auch der zuversichtlichen Hoffnung sind, daß die bezüglichen Wünsche unserer württembergischen und schweizerischen Nachbarn bei uns auf Hindernisse stoßen werden, die nicht so leicht wegzuräumen sein möchten, so wäre doch damit das Interesse der oberrheinischen Landesbahn nicht befriedigt. Dieses wird erst der Fall sein, wenn wir im Besitz einer eigenen Eisenbahn sind, welche uns mit der Schweiz wie mit dem Rheintal verbindet. Die Zeichen der Zeit mahnen dringend zur erneuten Erwägung der Mittel und Wege, die hiezu dienlich sind.

† Stuttgart, 28. Jan. Obgleich der Tag der Einberufung der Stände noch nicht bekannt ist, so deutet doch Mancherlei darauf hin, daß er nahe bevorstehe. Nach einem hiesigen Blatt, das in händlichen Angelegenheiten immer sehr gut unterrichtet ist, liegen bis jetzt fünfzehn Gesetzentwürfe vor, welche in der kommenden Session beraten werden sollen. Da nun aber unter diesen die neue Gerichtsorganisations-Gesetze nicht inbegriffen ist, der „Staatsanzeiger“ aber seiner

Zeit die Nachricht des „Beobachters“ widerlegte, als habe das Ministerium dieselbe zurückgezogen, so liegt die Vermuthung nahe, daß diese wichtige, lange Zeit erfordernde Berathung einer eigenen Sitzungsperiode, etwa auf das Späthjahr, vorbehalten bleiben dürfte.

Aus Veranlassung einer Berathung des Gemeinderaths in Betreff der Eröffnung einer neuen Straße vom Königsthore nach dem Friedrichsthor, kam auch wieder der schon oft geäußerte Wunsch einer direkten Verbindung zwischen dem Königsthore und Kannstader Thor zur Sprache, der jedoch schwerlich so leicht erfüllt werden wird, weil ein hier anzulegender Weg den Schloßgarten in gerader Linie durchschneiden müßte. Dies würde gar mancherlei Inkonvenienzen nach sich ziehen, und aus diesem Grunde soll man auch höchsten Orts dem Plane nicht sehr geneigt sein. Bei Tag ist das Bedürfnis dieses Weges weniger fühlbar, als bei Nacht, wo der königliche Schloßgarten geschlossen ist, und wo folglich die Bewohner der unteren Königs-, Kronen-, Friedrichstraße, wenn sie in die Neckarstraße gelangen wollen, einen Weg von einer Viertelstunde, um Marsfall, Theater herum am Schloß vorbei, zurückzulegen haben, während sie auf diesem Verbindungswege in fünf Minuten an Ort und Stelle sein könnten.

Dieser Umstand gab in den letzten Nächten zu einem ziemlich tragischen Ereignis Veranlassung. Ein Offizier, Oberleutnant L., wollte Nachts zwischen 1 und 2 Uhr vom Königsthore nach dem Kannstader Thore gehen. Um nun an Weg zu ersparen, kam ihm der unglückliche Gedanke, zwischen dem Marsfall und Theater über den eisernen Statetenzbaum des Schloßgartens zu steigen. Dieser mag mit dem feineren Sohl etwa 10 Fuß hoch sein. Als er oben war, merkte er sogleich, daß er einen Fuß nicht mehr aus den breiten Eisenstangen herausbringe, zwischen welche er ihn eingesezt hatte, und so sehr er sich auch bemühte, so vermochte er sich nicht frei zu machen. Nach langen verzweifelnden Anstrengungen fühlte er endlich, daß ihn die Kraft verlasse, und da die Stelle ziemlich abgelegen ist, so scheint sein Ruf Niemand gehört zu haben. Zuletzt brach er zusammen und sank rückwärts herunter, ohne daß aber sein Fuß dadurch los geworden wäre. In dieser verzweifelten Lage mußte er vier Stunden hinbringen, und er wäre ohne Zweifel verloren gewesen, wenn er nicht mit den Händen auf dem feineren Sohl sich etwas hätte stützen können, so daß er wenigstens nicht frei dahingefallen wäre. Erst gegen Tagesanbruch wurde er von einem vorüber kommenden Mann entdeckt. Dieser war aber allein nicht im Stande, ihn zu befreien, sondern mußte einige Soldaten von der Schloßwache holen, welche nur mit Gewalt den unterdessen bedeutend aufgeschwollenen Fuß aus dem Eisen heraus brachten. Bei der ärztlichen Untersuchung ergab sich, daß die Beinsehnen durch das lange Hangen bedeutend verzogen seien und überhaupt das Bein in einem Zustand sich befand, dem ein Bruch weit vorzuziehen wäre. Das Bewußtsein scheint der Verunglückte in den langen martervollen Stunden stets behalten zu haben.

Dem Vernehmen nach soll von Seiten des Kuratoriums der Rentenanstalt eine Vorstellung an das Finanzministerium in Betreff der Besteuerung der Rentenzinsen abgehen. Darin soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß, da ja das Kapital schon durch die Anstalt versteuert werde, eine Besteuerung der Zinsen gewissermaßen auf ein und dasselbe Objekt eine doppelte Last wälze. Ob der Schritt zum Ziele führen wird, steht dahin; daß es aber der Fall sein möchte, wäre bei dem höchst geringen Ertrage dieser Renten sehr wünschenswerth.

München, 26. Jan. Unter vorsehendem Datum meldet ein offiziöser Artikel der „Allg. Ztg.“: „Die Andeutungen in der Presse über eine in der letzten Zeit von der bayerischen Regierung an die mit ihr in Darmstadt verbündeten Staaten gerichtete Note sind, was das Faktum betrifft, richtig, in Betreff des Inhalts des Aktenstücks jedoch sehr mangelhaft. Die bayerische Note weist darauf hin, daß, im Fall die Berliner Unterhandlungen in entsprechender Frist zu einem definitiven Resultat nicht geführt haben sollten, es nöthig sei, daß die in Darmstadt verbündeten Staaten alsdann ihre Zollvereinigungs-Verträge mit Oesterreich sofort abschließen, und zwar in der Weise, daß der preussische Regierung mit der Anzeige von diesem Akt bis dahin, wo die Ausführung der Vorbereitungen und Anordnungen zur Zollvereinigung mit Oesterreich beginnen müßte, noch ein letzter Termin zur gegenseitigen Verständigung geboten würde. Als das Ende dieses Termins dürfte alsdann annähernd wohl der Monat Mai anzunehmen sein. Schließlich noch die Bemerkung, daß man, dem Vernehmen nach, sich allseitig mit den in dieser Note ausgesprochenen Ansichten einverstanden erklärt hat.“

Hamburg, 23. Jan. (N. Z.) Auf dem in den letzten Tagen der vergangenen Woche in unserer Vorstadt St. Pauli abgehaltenen Pferdemarkte waren es besonders die französischen Händler, welche die beträchtlichsten Einkäufe machten. Es waren jedoch weniger die ordinären Remontepferde, wie sie bei Lieferungen für die Armee gebraucht werden, sondern Kuruspferde, namentlich fehlerfreie, hochgebaute Holsteiner und Mecklenburger Wagenpferde, welche sie kauften.

Wien, 25. Jan. Der „Lloyd“ berichtet: „Uns zugewommene Briefe bestätigen die Nachricht, daß die Türken die am leichtesten zugänglichen Nahien Cernica und Niccska eingenommen haben. Das eigentliche Hochland, wo nur Mann für Mann vorrücken und ein Kampf in geschlossenen Reihen eine Unmöglichkeit, muß aber erst erobert werden. Dmer Pascha richtet sein Augenmerk vorzüglich auf Orshovo; es wäre Dies eine überaus wichtige Operationsbasis längs der dalmatinisch-montenegrinischen Grenze und der Mulschir hat auch bereits die Besetzung dieser langgebehten Linie ins Werk gesetzt. Die Anstrengungen Dmer Pascha's sind beispiellos. Was in Bosnien und der Herzegowina an Munition und Proviant disponibel ist, wird der Armee nachgeschickt. Mit banger Erwartung sehen die christlichen Bewohner der westlichen Provinzen dem Ausgange dieses Blutkampfes entgegen; man weiß es ja von früher her, wie Dmer Pascha seine ehemaligen Glaubensgenossen zu behandeln pflegt.“

Der Befehlshaber der türkischen Truppen gegen die Montenegriner, Dmer Pascha, war in früheren Jahren Lehrer an der evangelischen Schule in Kimo-Szombat in Ungarn, und hieß Johann Deak. Im Jahr 1847 Feldwebel in der österreichischen Armee, avancirte er in der ungarischen Insurgentenarmee schnell zum Stabsoffizier und stüdete in die Türkei, wo er Aufnahme in das türkische Heer und Beförderung zum Pascha fand.

In Eke wurden am 6. Januar von 23 theils des Raubmordes, theils des Raubes mit bewaffneter Hand, theils gleichzeitig zugesügter Verwundungen überwiegenen Individuen, worunter auch eine Frau, durch kriegsgerichtlichen Spruch 2 zum Tode, 10 zu lebenslänglichem, 8 zu 20jährigem, 2 zu 15jährigem und die Frau zu 3jährigem schwerem Kerker verurtheilt; die Todesurtheile wurden vollstredt; von den zur Kerkerstrafe Verurtheilten wurde Einigen in Anbetracht mildernde Umstände eine Strafermäßigung auf dem Gnadenwege bewilligt.

In sämmtlichen Ministerien finden gegenwärtig die Schlußberathungen über den Vorschlag für das Jahr 1853 statt. Bei Ausmessung der einzelnen Ausgabenposten ist unter steter Beachtung des Bedürfnisses die strengste Rücksicht auf jede mögliche Ersparung wahrgenommen worden, wodurch die Ausgabenposten bei mehreren Posten bedeutend herabgesezt wurden.

Franreich.

Strasburg, 25. Jan. (Allg. Z.) Die Betriebsverhältnisse der Paris-Strasburger Eisenbahn beliesen sich im Laufe des vorigen Jahres, wiewohl die ganze Linie erst seit Mitte August dem Verkehr übergeben wurde, auf 15,934,436 Fr., was für den Kilometer ein Durchschnittsergebnis von 31,615 Fr. liefert. Die Strasburg-Baseler Eisenbahn erzielte an Einnahmen 2,755,500 Fr. (19,330 Fr. für den Kilometer). Die Konzession für den Bau der Linie von Besançon nach Mülhausen wird erwartet. Die meisten Gutachten sprechen sich für die Richtung durch das Dgnonthal aus. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, wird die telegraphische Verbindung mit Süddeutschland durch eine Vermehrung der Drähte eine wesentliche Beschleunigung erhalten. Die Venügung der Triest-Wien-Pariser Linie über Strasburg ist so stark, daß eine Bervielfältigung der Drähte zur dringenden Nothwendigkeit geworden.

Die starken Regengüsse haben auf der französischen Eisenbahn zwischen Saarbrücken und Metz einen Erdrurz veranlaßt, in Folge dessen der Verkehr seit mehreren Tagen gestemmt ist. Der zwischen Lothringisch-Homburg und St. Avold gelegene, aus buntem Sandstein mit eingelagerten geneigten Thonschichten gebildete „Steinberg“ ist eingerutscht und hat den Bahneinschnitt zum Theil ausgefüllt. Die herauszuschaffende Masse soll gegen 60,000 Kubikmeter betragen.

|| Strasburg, 28. Jan. Es ist begreiflich, daß in diesem Augenblicke in ganz Frankreich von nichts Anderm die Rede ist, als von der morgen stattfindenden Vermählung des Kaisers. Nicht nur die Hauptstadt veranstaltet eine Reihe von Festen, sondern auch die Provinz befolgt das Beispiel der Pariser. Nächsten Mittwoch ist großer Ball auf der Präsektur, einige Tage später gibt der Abgeordnete unseres Departements und Präsident des Handelsgerichts, Baron v. Bussierre, eine glänzende Soirée. Noch kein Winter brachte so viel Bälle als dieser. Alles wetteifert, Feste zu geben. Man sucht in dieser Beziehung nachzuholen, was durch die Gewalt der Umstände während der republikanischen Herrschaft verabsäumt wurde. Alle Gewerbe gewinnen dadurch Geld und kommen eben deshalb mehr und mehr zur Einsicht, wie die „wohlfeile“ Regierungsform der Republik nur Verdienstoffigkeit und Ruin im Gefolge hatte. Wie wir hören, beginnt die Ausbesserung des kaiserlichen Schlosses dahier nächsten Frühling. Diefelbe wird sehr beträchtliche Summen in Anspruch nehmen, da es der Wille des Kaisers ist, daß der Palaß auf eine seiner Bestimmung würdige Weise wieder hergestellt werde. Der Gouverneur ist bereits in der Person des Obersten v. Königsegg ernannt. Die Wahl des Architekten steht ehestens zu erwarten.

Seit einigen Tagen bemerkt man wieder eine bedeutende Zunahme des Verkehrs und der Frequenz auf unseren Eisenbahnen. Trügen nicht alle Vorzeichen, so wird sich durch die in den nächsten Monaten eintretende Beschleunigung der Fahrten der Paris-Strasburger Eisenbahn der Zug der Reisenden aus dem Innern Frankreichs nach Süddeutschland bedeutend vermehren. Von besonderem Bortpelle wird dieses für Baden sein, das den Pariser stets als der bevorzugteste aller Kurorte Europa's gilt.

Die Auswanderungen, welche in der Regel während des Winters sehr spärlich sind, beginnen dieses Jahr sehr frühzeitig, wahrscheinlich in Folge des milden Winters. Für die Monate März und April steht eine ganz außerordentliche Bewegung nach Havre zu erwarten. Es sind schon jetzt für diesen Zeitpunkt Tausende von Beträgen abgeschlossen. Der durchschnittliche Preis, welcher von hier bis zum Einschiffungspunkte berechnet wird, ist etwa 30 bis 34 Fr. Die Auswanderung nach Algerien wird voraussichtlich in der nächsten Zeit ebenfalls sehr begünstigt werden. Die Erfahrung hat übrigens gezeigt, daß das dortige Klima sich mehr für Südfrenzen und Spanien als für Deutsche eignet. Noch hat man sich dort über ein allgemeines, konsequent durchzuführendes Anstaltungssystem nicht verständigen können.

Der Oberbefehlshaber unserer Truppen, General Waldner v. Freundstein, verläßt uns nächste Woche. Sein Nachfolger, General Milliet, trifft am 3. Febr. dahier ein. Im nächsten Frühlinge stehen in Folge von Garnisonwechsel bedeutende Truppenbewegungen zu erwarten.

* Paris, 27. Jan. Fortwährend spricht man von einer zu erwartenden Milderung der gegen die Familie Orleans gerichteten Dekrete und versichert, sie erfolge auf den Wunsch der Kaiserbraut. Es soll sich um die Abnahme einer Schuld von mehreren Millionen handeln, welche an die Staatskasse eingezahlt werden sollten, und zwar soll diese Erleichterung

